

Die EU als globaler Akteur

Allzu gerne stellt sich die Europäische Union als globale Friedens- und Wohlstandsbringerin dar. Auf ihrer Website beschreibt sie sich selbst als „einzigartige wirtschaftliche und politische Partnerschaft zwischen 27 demokratischen europäischen Ländern“ mit dem Ziel *„Frieden, Wohlstand und Freiheit für ihre 498 Millionen Bürgerinnen und Bürger – in einer gerechteren und sichereren Welt“* zu bringen. Und in einer der vielen Hochglanzbroschüren der EU heißt es: *„Nachdem sie [die EU] ihren eigenen Bürgern Stabilität und Wohlstand gebracht hat, strebt sie nun nach Zusammenarbeit mit Anderen in einer interdependenten Welt, um überall deutlich zu machen, welche Vorteile offene Märkte, Wirtschaftswachstum und ein politisches System, das auf sozialer Verantwortung und Demokratie beruht, mit sich bringen.“* Und selbstverständlich ist die *„[...] EU bemüht, Frieden zu bewahren und Frieden zu stiften, und sie führt eine ganze Reihe konkreter Projekte durch, um Menschenrechte und Demokratie zu fördern.“*

Dass mit Wohlstand keinesfalls der Wohlstand der Mehrheit der Bevölkerungen gemeint ist und internationale Zusammenarbeit in erster Linie bedeutet, sich im globalen Wettstreit möglichst gut zu positionieren, wird deutlich, wenn man sich das von der „Lissabon-Strategie“ vorgegebene Ziel bis zum Jahr 2010 zur Weltwirtschaftsmacht Nummer 1 aufzusteigen, vor Augen hält. Dort heißt es: *„Die Union hat sich heute ein neues strategisches Ziel für das kommende Jahrzehnt gesetzt: das Ziel, die Union zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen [...] und die Stärkung der Rolle Europas in der Welt voranzutreiben.“* Dieses Ziel sollte unter anderem durch einen neoliberalen Umbau und dem damit einhergehenden Sozialabbau innerhalb der Mitgliedsstaaten erreicht werden, in Deutschland über die Agenda 2010. Das Außenpolitische Gegenstück zur „Lissabon-Strategie“ wurde im Jahr 2006 von der Europäischen Kommission unter dem Titel *„Global Europe – Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“* veröffentlicht. Ziel dieser Strategie ist zum einen die Öffnung von Märkten in allen Regionen der Welt mit Hilfe von Freihandelsverträgen, zum andern weitreichende Zugeständnisse in Bereichen wie Geistiges Eigentum, Dienstleitungen, Investitionen und Öffentliche Aufträge.

Um ihrer Rolle als globaler Akteur gerecht zu werden agiert die EU zunehmend nicht mehr nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch. So gab es inzwischen schon zahlreiche Einsätze unter europäischer Flagge, so zum Beispiel in Bosnien-Herzegowina, in der Demokratischen Republik Kongo, im Tschad und der Zentralafrikanischen Republik und am Horn von Afrika. Der Aktionsradius der EUFOR-Missionen (European Union Force) hat dabei ihren zunächst vorgegebenen und ohnehin weit über die eigenen Grenzen hinausgehenden

Aktionsradius von 4000 Kilometern rund um Brüssel mit dem Einsatz im Kongo im Jahr 2003 weit überschritten. Wenn es um die Verteidigung ihrer Interessen geht, ist die Europäische Union durchaus bereit schweres Geschütz aufzufahren, wie auch Tomas Ries, Direktor des Swedish Institute of International Affairs, in der Studie *„Ambitions for Europe 2020“* des European Institute for Security Studies betont, die im Frühjahr diesen Jahres veröffentlicht wurde: *„Der Schutz der Handelsströme erfordert die Fähigkeit zu globalen zivil-militärischen Einsätzen (Schutz der Seestraßen und kritischer Knotenpunkte etc.) und ein gewisses Maß an Machtdemonstration (präventiven Operationen, Regulierung regionaler Instabilität).“* Die Operation Atalanta, die erste maritime Mission der EU, an der auch die Bundeswehr beteiligt ist, dient dann auch genau diesem Ziel, die internationalen Handelswege vor der Küste Somalias gegen sogenannte Piraten zu sichern.

Dass ein globaler Machtraum EU sich nicht mehr nur durch freundliche Worte legitimiert, sondern die „europäischen Interessen“ zunehmend auch sehr deutlich formuliert werden, kann als Zeichen gewertet werden, dass die „harte Machtpolitik“ der Europäischen Union, die Tomas Ries für nötig hält, längst Realität ist. Es geht um die Durchsetzung „europäischer Interessen“, egal mit welchen Mitteln. Als Konsequenz wird es dann nötig, wie Tomas Ries schreibt, *„[...] den globalen Reichtum von den Spannungen und Problemen der Armut ab[zus]chotten. Da der Anteil der Weltbevölkerung, der in Elend und Ohnmacht lebt, sehr groß bleibt, werden die Spannungen und Übergriffe zwischen ihrer Welt und der Welt der Reichen weiterhin zunehmen. Da es unwahrscheinlich ist, dieses Problem bis 2020 grundlegend zu lösen, d.h. dysfunktionelle Gesellschaften zu heilen, werden wir unsere Grenzen stärken müssen.“* Wie diese Grenzen gestärkt werden und welche Bedeutung die freundliche Menschenrechts- und Demokratierhetik letzten Endes hat, wird deutlich, wenn man Robert Cooper, Büroleiter von Javier Solana und Hauptautor der Europäischen Sicherheitsstrategie, zuhört, der sich offen zu doppelten Standards und zum „Gesetz des Dschungels“ bekennt: *„Die Herausforderung der postmodernen Welt ist es, mit der Idee doppelter Standards klarzukommen. Unter uns gehen wir auf der Basis von Gesetzen und offener kooperativer Sicherheit um. Aber wenn es um traditionellere Staaten außerhalb des postmodernen Kontinents Europa geht, müssen wir auf die rauerer Methoden einer vergangenen Ära zurückgreifen – Gewalt, präventive Angriffe, Irreführung, was auch immer nötig ist, um mit denen klarzukommen, die immer noch im 19. Jahrhundert leben, in dem jeder Staat für sich selber stand. Unter uns halten wir uns an das Gesetz, aber wenn wir im Dschungel operieren, müssen wir ebenfalls das Gesetz des Dschungels anwenden.“*